Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stad Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 100. Dienstag den 1. Mai. 1849.

Inland.

Berlin, den 29. April. Der bisherige Justitiar Bleisch zu Strehlen ist zum Rechts-Anwalt beim Kreisgerichte zu Strehlen, und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Breslau; der bisherige Justitiar und Assessor Ludwig zu Oels zum Rechts-Anwalt beim Kreisgerichte zu Oels, und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Breslau; der bisherige Fürstenthumsgerichts-Rath, Justitiar von Hauteville zu Trachenberg, zum Rechts-Anwalt beim Kreisgerichte zu Trebnitz, und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Breslau; der bisherige Justitiar und Assessor Böge zu Neumarkt zum Rechts-Anwalt beim Kreisgerichte zu Neumarkt, und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Breslau; der bisherige Justitiar von Böhm zu Bernstadt zum Recht-Anwalt beim Kreisgericht zu Oels, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Bernstadt, und zugleich zum Notar im Departement des Apellationsgerichts zu Breslau; der bisherige Justitiar Flemming zu Breslau zum Rechts-Anwalt beim Kreisgerichte zu Striegau, und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Breslau; der bisherige Justitiar, Justizrath Haberling zu Schweidnitz, zum Rechts-Anwalt beim Kreisgerichte zu Schweidnitz, und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Breslau; der bisherige Justitiar und Justizrath von Schrötter zu Landeshut zum Rechts-Anwalte beim Kreisgericht zu Landeshut, und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Breslau; der bisherige Justitiar Parisien zu Neurode zum Rechts-Anwalte beim Kreisgerichte zu Glatz, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Neurode, und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Breslau; der bisherige Justitiar Richter zu Lewin zum Rechts-Anwalt beim Kreisgericht zu Glatz, und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Breslau; der bisherige Justitiar Lange zu Landeshut zum Rechts-Anwalt beim Kreisgerichte zu Striegau, und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Breslau; der bisherige Justitiar Schneider zu Löwen zum Rechts-Anwalt beim Kreisgerichte zu Brieg, und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Breslau; der bisherige Landgerichts-Assessor Engelke zu Breslau zum Rechts-Anwalt beim Kreisgerichte zu Ohlau; der bisherige Referendarius Bayer zu Schönau zum Rechts-Anwalt beim Kreisgerichte zu Jauer, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Schönau; der bisherige Patrimonialrichter, Justizrath Block zu Lülzin zum Rechts-Anwalt bei den Gerichten des Naugarder Kreises, mit Anweisung des Wohnsitzes in Gollnow, und zugleich zum Notar im Bezirk des Appellationsgerichts in Stettin; und der bisherige Landschafts-Syndikus, frühere Land- und Stadtgerichts-Rath Triepke zu Schneidemühl, zum Rechts-Anwalte beim Kreisgerichte zu Schneidemühl, und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Bromberg ernannt worden.

Se. Excellenz der General der Infanterie und Geheime Staats-Minister a. D., von Thile, ist von Frankfurt a. d. O. hier angekommen. — Se Durchlaucht der General der Infanterie und General-Gouverneur von Neu-Vorpommern, Fürst zu Putbus, ist nach Putbus, und der Großherzoglich Hessische General-Major von Schäffer-Bernstein, ist nach Darmstadt abgereist.

* Posen, den 30. April. Die Kammer ist aufgelöst, die Räthe der Krone sind geblieben. Damit ein dem Lande mißliebiges Ministerium seinen Posten behaupte, damit sein nach Rückwärts gekehrter Blick und Schritt nicht genirt werde durch die vorwurfsvoll mahnende Stimme des öffentlichen Gewissens, damit während der nächsten zwei verhängnißschweren Monate die Willkühr ungestört walte und ihre stillen Pläne ins Werk richte, deshalb mußte die Volksvertretung nach Hause geschickt, deshalb die laut redende Zunge des Parlaments für einige Zeit zum Schweigen gebracht werden. Mit dieser zusätzlichen Erläuterung wird die Nachricht das Land durchfliegen und ihre zerwühlende Wirkung nicht verfehlen. Allerdings bewegt sich, das ist nicht zu läugnen, die jüngste That des Ministeriums ganz in dem Geleise der konstitutionellen Form. Der schmale Pfad des Constitutionalismus läßt sich eben bei einiger Geschicklichkeit zu einer so breiten Heerstraße austreten, daß die Reaktion darin sechsspännig umherfahren kann, ohne gegen die Schranken eines einzigen Paragraphen zu verstoßen. Ein konstitutionelles Ministerium darf nach dem Buchstaben des Gesetzes die Kammern auflösen, ohne allen Grund, aus beliebigen Gründen, — wenn eine Migraine ihm böse Launen verursacht, wenn die Schuhriemen des Präsidenten sein hohes Mißfallen zu erregen das Unglück hatten. Und ganz so frivole Gründe sind es, mit Falstaff zu sprechen, Gründe, „gemein wie Brombeeren", durch die unser Ministerium seinen zweiten Rettungsgriff motivirt. Zuerst die schwankenden Majoritäten, welche das Zustandekommen wichtiger Gesetze mehr vom Zufall als von einem durchschlägigen politischen Gedanken abhängig machten. Und in der That, ein Ministerium muß sein Mißgeschick und Ungeschick „schmerzlich empfinden", wenn es so wenig verstanden, eine kompakte Mehrheit zu gewinnen, daß um seine Lieblingsideen in der Kammer durchzusetzen erst jedesmal ein oder zwei abwesende Mitglieder der zu ihm stehenden Partei aus dem Krankenzimmer zitirt und in den Sitzungssaal bemüht werden mußten. Aber klüglicherweise verdeckt die ministerielle Denkschrift den Grund, der so viele ehrenwerthe, aufrichtige Freunde des konstitutionellen Wesens auf die Seite der Opposition getrieben. Die allgemeine Vertrauenslosigkeit, der Widerwille gegen die mit Recht verdächtigen Tendenzen jener gegenwärtig am Staatsruder stehenden Persönlichkeiten, hat auch auf der rechten Seite des Hauses Platz gegriffen. Ein Gedanke überwog im ganzen Hause jede andere Rücksicht; zuerst sollte reiner Tisch gemacht, zuerst sollten die Ministersitze gefegt werden, ehe eine feste politische Sonderung der Parteien eintreten konnte. Und der Uebertritt nach der linken Seite nahm von Tag zu Tage zu; das Ministerium hätte nur noch ein Paar Wochen zusehen dürfen und es wäre einer ganz entschiedenen Majorität begegnet, freilich in einem seinen Absichten sehr wenig erwünschten Sinne. Dieser beschämenden Katastrophe wollte es vorbeugen, und die Auflösung erfolgte. — In zweiter Linie figurirt die von der Kammer angeblich verschuldete Ueberschreitung ihrer Befugnisse als Rechtfertigungsgrund der gegen sie erlassenen Maßregel. Die Kammer hat den Belagerungszustand in der Hauptstadt für ungesetzlich erklärt und die Aufhebung desselben vom Ministerium zu fordern beschlossen. Das heißt nun in den Augen des Ministeriums ein unzukömmlicher Eingriff in die Rechte der executiven Gewalt; im Geiste besonnener Mäßigung aber heißt es vielmehr die Begriffe gründlich verwirren, wenn der legislatorischen Gewalt jede Einwirkung auf die Executive abgesprochen wird. Was sollte daraus werden, wo bliebe die Lebenseinheit, wenn der Arm zum Kopfe spräche: du darfst denken, sprechen und beschließen, hast dich aber um die Streiche nicht zu kümmern, die ich verübe. Mit dem schlüpfrigen Lügenbegriff einer so angethanen Theilung der Gewalten würde auch der krasseste Despotismus sich jeder Verurtheilung entwinden. In der vom Ministerium selbst ausgefertigten Verfassung vom 5. December ist die Ministerverantwortlichkeit verheißen; was bedeutet das Anderes, wenn nicht, daß die executive Gewalt dem Urtheil des gesetzgebenden Körpers unterliege? Das Princip ist somit anerkannt, daß dem legislativen Körper eine direkte oder indirekte Oberaufsicht, ein regulirender Einfluß auf die andern Staatsgewalten zustehe, wenn auch durch die „weise Vorsicht" unseres Ministeriums bis jetzt noch immer die richterlichen Formalitäten nicht festgestellt sind, unter denen dies Inspectionsrecht sich geltend zu machen habe. Die Kammer war in ihrem guten Recht, die executiven Maßregeln der Regierung vor ihr Forum zu ziehen, und wohl kam es ihr zu, beim Mangel an einem vorgeschriebenen Reglement, unter Verzichtleistung auf alle Förmlichkeiten die Schritte des Ministeriums zu kritisiren, ein mißbilligendes Urtheil darüber kund zu geben, und die entsprechende Forderung daran zu knüpfen. Wir können hier von dem eigentlichen Inhalt des Beschlusses ganz abstrahiren. Ueber die objektive Zweckmäßigkeit einer augenblicklichen Aufhebung des Belagerungszustandes mag man immerhin mit den Ansichten der Kammer im Widerspruch stehen; gegen die vom Ministerium bemängelte Form des Beschlusses wird man mit allem inquisitorischen Scharfsinn Nichts einzuwenden vermögen. Das Ministerium war verfassungsmäßig verpflichtet, die Genehmigung der Kammer für Beibehaltung des Belagerungszustandes einzuholen; die Kammer ihrerseits war befugt, diese Genehmigung zu gewähren oder zu versagen und über die frühere Anordnung der Maßregel ihre Zustimmung oder Mißbilligung auszusprechen, wenn sie nicht gar von daher Anlaß nahm, die Minister in Anklagestand zu versetzen. Will man sich nun etwa gegenüber dem durchaus gesetzlichen Verhalten der Kammer in übelnehmerischer Weise an der etwas brusquen Wendung stoße, daß die Kammer das Ministerium auffordert und nicht ersucht, den Belagerungszustand sofort aufzuheben? Also wegen eines auf der constitutionellen Scala um ein Komma zu hoch gegriffenen Tones soll ganzer 2 Monate die Volksstimme ungehört und unbeachtet verhallen, soll in der jetzigen für die Geschicke Deutschlands entscheidenden Geburtsstunde, wo dringender als je die innigste Wechselbeziehung zwischen dem Throne und dem Bürgerthum Noth that, soll jetzt gerade in schroffster Isolirung Volk und Krone auseinander gehalten werden? Denn nachdem die Räthe der Krone sich nicht gescheut, die Anerkennung der Deutschen Reichsverfassung zu einer parlamentarischen Todsünde zu stempeln, liegt es nun auch dem Gläubigsten klar zu Tage: dieses Ministerium will nicht die Einheit Deutschlands; die Freiheit, die Macht des Gesammtvaterlandes ist ihm ein Stein im Wege. Haftend an den Traditionen der alt-preußischen Politik schielt es mit dem Einen Auge nach Oesterreich, mit dem andern nach Rußland, dem Frankfurter Parlament widerwillig und verächtlich den Rücken gekehrt. Hohn spricht sein Blick den heiligsten Gefühlen der Deutschen Nation, dem durch Kampf, Blut und Sieg gestärkten Verlangen nach rascher, einheitlicher Verschmelzung, Lügen strafend zugleich das Königliche Wort, das Preußen an die Spitze der Deutschen Bewegung zu stellen versprach. So hat dieses Ministerium, wie es die Krone kompromittirte, nun auch durch die ganz grundlose Heimsendung der Vertreter dem Volke die unwürdigste Schmach zugefügt, die jemals dem Selbstgefühle einer Nation geboten werden durfte. Und hofft dieses Ministerium noch immer, daß aus der im reichen Maß gestreuten Saat von Widerwillen, Haß und Ingrimm ihm je wieder in der öffentlichen Meinung rosige Sympathieen statt der oppositionellen Dornen und Disteln erwachsen werden?

— Heute ist der „Wielkopolanin" zur Erinnerung an die Mord- und Brandscenen von Xions am 29. April v. J in blutrother Schrift erschienen.

(Zeitg. d. Osten.)

CC Berlin, den 28. April. Heute Morgen hatten sich die Abgeordneten der Linken eben wieder mit ihren demokratischen Freunden in der Conversationshalle zu einer Berathung versammelt, als der Polizeirath Winkler das Lokal räumte und vorläufig gänzlich schloß. Gegen 10 Uhr fing der Dönhoffsplatz wieder an sich zu füllen. Der heut einfallende Wochenmarkt gab zu vielen Diebstählen und diese zu Aufläufen Gelegenheit. Auf die hinzutretenden Schutzmänner wurde mit Blumentöpfen u. s. w. geworfen, in Folge dessen dieselben von ihren Waffen Gebrauch machten. Gegen 12 Uhr, nachdem die Marktleute den Platz verlassen, rückten Dragoner heran und säuberten ihn von den Müßiggängern, die ihn in dichten Gruppen besetzt hielten. Es sind dabei wiederum erhebliche Verletzungen vorgefallen, auch ein Schutzmann wurde verwundet. — Um 2 Uhr mußte der Platz von neuem gesäubert werden. Für den Abend ist man nicht ohne Besorgnisse.

Im benachbarten Rixdorf ist eine bedeutende Feuersbrunst ausgebrochen, deren Verkohlungen durch die Luft bis in die Straßen Berlins getragen worden.

R Berlin, den 28. April. Leider ist der gestrige Tag nicht ohne Blutvergießen vergangen. Die Nachricht von der Auflösung der Kammer hatte eine allgemeine Aufregung der Gemüther in ihrem Gefolge. Die Conversationshalle am Dönhofsplatze, der Sammelpunkt der demokratischen Abgeordneten, wurde schon am Nachmittage von Vielen aufgesucht, die Anhäufung mehrte sich daselbst bei einbrechender Dämmerung. Indeß wurden nirgends feindselige Demonstrationen wahrnehmbar, die einen tiefer liegenden Charakter hätten andeuten können. Da wir aber im Belagerungszustande leben, so sollten solche Anhäufungen nicht geduldet werden und es wurden Truppen herbeigezogen, um den Platz zu säubern. Jetzt trat von Seiten des Volkes ein Säumen, Zögern und Widerstand ein, wie das auch in den friedlichsten und ruhigsten Zeiten zu geschehen pflegt, und wie sich dessen namentlich jeder Bewohner Berlins aus der Zeit her erinnert, als an den Geburtstagen des verstorbenen Königs ähnliche Conflikte entstanden. Es wurden in der Leipzigerstraße fünf Mal Salven gegeben, auch an anderen Punkten der Stadt, namentlich in der Gertraudtenstraße, wo sich inzwischen einzelne Massen angesammelt hatten, wurde geschossen. Die Zahl der Todten und Verwundeten wird verschieden angegeben, sehr bedeutend ist sie nicht.

Ueberhaupt hat das Ereigniß weiter keine tiefere Bedeutung, und wird hoffentlich vereinzelt stehen bleiben. Es ist eine mit beklagenswerthen Unglücksfällen begleitete Reibung gewesen, die unter den gegebenen Umständen sehr erklärlich war, die in jeder zahlreich bevölkerten Stadt wahrscheinlich eben so stattgefunden haben würde, die aber durchaus nicht den Charakter eines aufrührerischen Versuches hat.

Ueber die weiteren Absichten der Regierung wird die Nachricht verbreitet, es würde für die neue Wahl zur zweiten Kammer allerdings ein neues Wahlgesetz octroyirt werden, aber zuvor werde man, um die Gemüther sich zu gewinnen, zwei sehr liberale Gesetze erlassen, eins in Betreff der Rentenablösung, das andere wegen der Gemeindeordnung, von welcher die Grundzüge schon veröffentlicht sind. Das neue Wahlgesetz soll auf einem Census von 300 Thaler jährlichem Einkommen basiren.

Berlin, den 28. April. Die gestern gegen 11 Uhr erfolgte Auflösung der 2ten Kammer hatte zahlreiche Gruppen vor dem Sitzungslokale derselben am Dönhofsplatz zusammengeführt. Insbesondere trug dazu auch der Umstand bei, daß viele Mitglieder der äußersten Linken sich in die neben dem Sitzungslokale befindliche sogenannte Conversationshalle begeben hatten und sich an den Fenstern und auf dem Balkon zeigten. Schon wenige Stunden später nahmen diese Attroupement insofern einen bedenklichern Charakter an, als man Schutzmännern, die sich anschickten, Ruhestörer zu verhaften, sich widersetzte und denselben einen Arrestanten entriß. Da im Allgemeinen die Stimmung der Stadt eine sonderlich erregte nicht zu nennen war, so scheinen an diesem Orte verschiedene Personen sich haben angelegen sein lassen, die angesammelten Massen zu tumultuarischen Schritten aufzuwiegeln. Gegen Abend ging man so weit, zwei Offiziere, man sagt, einen Stabsoffizier mit seinem Adjutanten, welche auf dem Dönhofsplatz erschienen, zu mißhandeln. Dem einen dieser Offiziere, welcher seinen Degen zog, soll derselbe zerbrochen worden sein. In Folge dessen rückte aus der nahebelegenen Kaserne des Kaiser Franz Grenadier Regiments ein Bataillon aus, besetzte den Platz und machte Anstalten, den Theil der Leipzigerstraße, welcher den Dönhofschen Platz begränzt, abzusperren. Bei dieser Gelegenheit widersetzte sich die versammelte Menge. Es erging daher die übliche Aufforderung zum Verlassen des Orts durch Trommelschlag. Leider entfernten sich die Widerspenstigen nicht. Nach dreimaligem Trommelschlag wurde Feuer gegeben. Es sollen zwei Personen erschossen und zwei verwundet sein. Die Nachricht von diesem unglücklichen Ereigniß verbreitete sich über die ganze Stadt. Man begann an der im Bau begriffenen Petrikirche eine Barrikade zu errichten, ging aber nicht über die ersten Versuche hinaus. Während wir dies melden, sieht man in den angrenzenden Straßen starke Aufläufe und

das Herbeieilen von vielen, dem Abeiterstande angehörigen Personen. Es steht jedoch zu erwarten, daß ernstere Folgen nicht eintreten, da die Stimmung in der Stadt im Allgemeinen nicht bedenklicher Natur ist.

— Seit dem Mittag hatten sich gestern einige Gruppen auf dem Dönhöfsplatz gebildet, welche sich in ziemlich leisem Gespräch über die bekannt gewordene Auflösung der Kammer unterhielen. Im Laufe des Nachmittags versuchten zahlreiche Trupps von Schutzmännern die Menge auseinander zu treiben, was jedoch ohne sonderlichen Erfolg blieb. Bei dieser Gelegenheit ging es schon unruhiger her. Hier und da erhob sich Geschrei und Gepfeife. Auch andere kleine Neckereien fielen vor. Ein unbedeutendes Detachement Infanterie, welches später auf den Platz rückte, zertheilte die Menge etwas, mochte sich aber doch zu schwach fühlen, um etwas Ernsthaftes zu unternehmen, und zog sich zurück. Hierbei soll es schon zu einigen Excessen und namentlich zu einem Auftritt mit dem anführenden Offizier gekommen sein, über den wir jedoch nichts Authentisches vernehmen konnten. Die Menge war unterdeß zahlreicher geworden. Gegen 8 Uhr etwa rückte von mehreren Seiten Infanterie an. Das Allarmzeichen wurde gegeben und die von der Commandantenstraße heranrückende Abtheilung gab Feuer. Es wird mit Bestimmtheit versichert, daß 4 oder 5 Personen gefallen seien. Die Menge zerstreute sich in eiliger Flucht. Bald war der Platz von allen Seiten besetzt. Es erschien noch Cavallerie. Man ließ einzelne Personen ruhig passiren. Schutzmänner verhinderten allzugroße Anhäufungen an den Seiten des Platzes. Die angrenzenden Straßen, namentlich die Leipziger und Markgrafenstraße, waren an beiden Seiten von dichten Gruppen besetzt, die in lebhafter, doch durchaus nicht lärmender Aufgeregtheit waren. Die Gegend nach den Linden zu und diese selbst waren sehr ruhig. Gegen 9 Uhr zeigten sich hier einige Cavallerie-Patrouillen. Gegen 10 Uhr wurden auch in der breiten Straße, der Roßstraße, der Markgrafenstraße Barrikaden gebaut, die nach ihrer Vollendung von Militar besetzt wurden. Auf dem Spittelmarkt fanden schon früher tumultuarische Auftritte Statt, wobei das Militär einschritt. Verwundungen fielen hierbei vor. Um 11 Uhr herrschte vollkommene Ruhe in der Stadt. (Sp. Ztg.)

— Es ist nicht unwahrscheinlich, daß in Kurzem die preußischen Truppen an der österreichischen Grenze verstärkt werden, um etwanige Ueberschreitungen der preußischen Grenze von Seiten der magyarischen Truppen zu verhindern. Eben so sollen die preußischen Truppen an der französischen Grenze Verstärkung erhalten, um Einfällen republikanischer Freischaaren vorzubeugen.

— Die in Berlin und Hannover gleichzeitig erfolgte Auflösung der Kammern wird von Kundigen mit dem gestern hier bekannt gewordenen Beschluß des Frankfurter Parlaments vom 26. c. in Verbindung gesetzt: „Die Regierungen zu veranlassen, insbesondere von ihrem Rechte, die Ständeversammlungen zu vertagen oder aufzulösen, keinen Gebrauch zu machen, welcher die Kundgebung des Volkswillens verhindert. Da man von dem Antrage hier rechtzeitige Kenntniß hatte, ist man dem Beschlusse selbst durch die Auflösung zuvorgekommen, und hat allerdings so die Kundgebung des Volkswillens für jetzt verhindert. Sollte, wie Einige vermuthen, hierin der wahrhafte Grund zur Auflösung der zweiten Kammer liegen?

Magdeburg, den 25. April. Heute fand die zweite kirchliche Versammlung zur Berathung der Neugestaltung der evangelischen Kirche statt. Der Wahlgesetzentwurf für die verfassunggebende Kirchen-Versammlung, wie er aus beiden Sitzungen hervorgegangen ist, besteht in folgenden einfachen Sätzen: §. 1. Jeder evangelische dispositionsfähige Preuße, welcher das 24ste Lebensjahr zurückgelegt hat, ist wahlfähig und wählbar. §. 2. Die Wahlen sollen in dem Verhältniß stattfinden, daß auf je 100,000 Seelen der etwa 10 Millionen evangelischer Preußen zwei weltliche und ein geistliches Mitglied der etwa 300 betragenden Abgeordneten zur verfassunggebenden Kirchenversammlung kommen. Zu diesem Behufe werden so viele Ephorieen zu einem Wahlkreise zusammengelegt, daß Wahlkreise mit etwa 100,000 Seelen herauskommen. (Also die Provinz Sachsen würde etwa 15 Wahlkreise haben mit 45 Abgeordneten, der Reg.-Bezirk Magdeburg 6 Wahlkreise mit 18 Abgeordneten.) §. 3. Die verfassunggebende Kirchenversammlung wählt sich Vorsitzende und Büreau, und verstärkt sich durch je einen Abgeordneten der evangelischen Facultäten der sechs Landes-Universitäten. Die beiden Ministerien des Cultus und des Innern senden je einen Beauftragten ohne Stimmrecht in die Versammlung. § 4. Die verfassunggebende Kirchenversammlung hat a) der evangelischen Kirche eine Verfassung zu geben, b) dieselbe mit dem Staate auseinanderzusetzen. Die nächste Versammlung, nach etwa 14 Tagen, wird durch die Zeitung bekannt gemacht werden. Das von Magdeburg datirte Ausschreiben vom 18. April d. J. trägt folgende Unterschriften: Burchardt, Hofrath, Mitglied des Domkirchenvorstandes. Dr. Detroit, Arzt, Mitglied der französisch reformirten Presbyteriums. Funk, Stadtrath. Fischer, Ob.-Landesger.-Ass. Uhlich, Pastor.

Schleswig, den 25. April. Orla Lehmann, der sich hierher in Sicherheit hat bringen lassen, erklärte dem Kriegsminister, er habe die Damen in Kolding retten wollen; er sage die Wahrheit und habe nie gelogen!! Der Mann, der auf seiner ganzen Reise von Kolding hierher mit seinem Begleiter, dem Hauptmann Steyber, kein Wort gewechselt hat und der anfänglich von dem bei seiner Ankunft hier ihm gemachten Anerbieten einer kleinen Erquickung nur „gegen Zahlung" und zwar „im Dänischen Gelde" Gebrauch machen wollte, scheint doch bereits etwas weicher geworden zu sein. Der Dänische Herr Exminister und Amtmann, der sich zunächst in Verwahrsam des Schleswig-Holsteinischen Examtmanns und Ministers Jacobsen befand, hat nämlich an „die von der Reichsgewalt eingesetzte Statthalterschaft des Herzogthums Schleswig und Holstein" ein Schreiben gerichtet, worin dieselbe ersucht wird, „nach den Geboten der Ehre und Menschlichkeit" mit ihm zu verfahren und ihm mitzutheilen, was man über ihn beschließen werde, damit er sich in den Stand gesetzt sehe, seine kranke Frau, die dieser Tage eines ihrer Kinder habe begraben lassen, hiervon in Kenntniß zu setzen. Beseler (Graf Reventlou ist augenblicklich in Kiel) hat im Namen der Statthalterschaft hierauf geantwortet, der Herr Amtman Lehmann werde mit derjenigen Humanität behandelt werden, die den Deutschen eigen sei. Als ein Zeichen dieser Humanität darf es gelten, daß bereits der Gedanke aufgetaucht ist, den Herrn wieder nach dem Norden zu schicken und zu entlassen. Vielleicht das übelste Loos für Orla! — Einen andern Zug der Humanität, die unsere Truppen bei Kolding geübt haben, muß ich Ihnen doch noch mittheilen: Eine starke Abtheilung Dänischer Husaren macht einen wirklich glänzenden Angriff auf unsere Artillerie; die 1. Compagnie des 1. Jägercorps, die vor der Artillerie hinter dem Wall postirt ist, läßt den Feind auf 50 Schritt herankommen, giebt eine Salve und die Husaren stürzen todt und verwundet über einander; auf den unversehrt gebliebenen Offizier legen zwei unserer Jäger an. Hauptmann Schöning sieht dies, ruft seinen Leuten zu: „Schont des Mannes, für seine tüchtige Führung des Angriffs verdient er mit dem Leben davon zu kommen", und die Leute legen ihre Büchsen aus dem Anschlag und lassen den Feind wohlbehalten davon sprengen.

Als Bonin zu den Artilleristen kam, die ziemlich viel Pferde verloren haben sollen, und sie belobte, ward er von den Soldaten umarmt, die sich in ihrer Freude bei ihm bedankten „für das schöne Treffen, das er ihnen geliefert."

Wie Augenzeugen aus Apenrade melden, hat unser wackerer Bonin gestern (23.) Abend gemüthlich auf dem Koldinger Markt gesessen und, die Pfeife im Munde, so wie Erfrischungen vor sich, nicht Worte genug finden können, um den um ihn versammelten Soldaten seinen Dank auszusprechen; wer ihn und unsere Soldaten kennt, wird sich in diese Scene lebendig hineindenken können.

Frankfurt a. M., den 26. April. 207. Sitzung der konstituirenden Reichs-Versammlung. Präsident Herr Eduard Simson eröffnet $9\frac{1}{2}$ Uhr die Sitzung. Herr Wuttke fragt, ob eine Erklärung der Bairischen und der Preußischen Regierung dem Ministerium bekannt geworden und von diesem dem Hause mitzutheilen beabsichtigt werde. Die Dringlichkeit wird zuerkannt, worauf Reichsminister Herr v. Gagern antwortet, daß eine neuere Preußische Erklärung nicht eingegangen, wohl aber eine sehr ausführliche bairische, welche theils auf das Vereinbarunsprinzip, theils auf die Beschaffenheit der Verfassung sich stützend, die Annahme der letzteren ablehne. Dieselbe vor der bevorstehenden Abstimmung — wie Herr Wuttke meinte — in extenso mitzutheilen, halte das Ministerium nicht für nöthig.

Eine zweite dringende Interpellation von Hrn Jungkmann wegen Abführung von Munition aus Mainz nach Oesterreich, um in dem Kriege gegen Ungarn verwandt zu werden, wird gleichfalls für dringend erachtet. Hr. v. Gagern antwortet in Abwesenheit des Kriegsministers, daß ihm nichts davon bekannt sei.

Im Verfolg der Tagesordnung erhält zuerst Herr Simon von Trier als Berichterstatter der einen Minderheitsfraktion des Ausschusses das Wort. Was die heute behandelte Frage anlangt, so ist sie für Niemanden und auch nicht für die trägsten Charaktere und Parteien eine Frage des Ob, sondern für alle nur des Wann? Der Meinung des Redners gemäß muß dies Wann mit einem Sogleich beantwortet werden. Also Einsetzung einer Regentschaft, Ausschreibung des neuen Reichstags, Vereidung der deutschen Wehrmacht auf die parlamentarischen Autoritäten. Herr Simon erinnert wiederholt an das Wort des Dichters: „Säume nicht, dich zu erdreisten, wenn die Menge zaudernd schweigt. Alles kann der Edle leisten, der's versteht und rasch ergreift." (Anhaltender Beifall.)

Herr Kierulff empfiehlt als Berichterstatter der Ausschuß-Mehrheit die von Herrn Schubert beantragten Abänderungen und Zusätze, indem er im Uebrigen auf den bereits ausgesprochenen Ansichten und Grundsätzen beharrt.

Die Abstimmung erfolgt zuerst über das Sondererachten der Herren Detmold und Reichensperger: Daß die Reichsversammlung ihre Beschlußnahme über den Bericht der Deputation, so wie über die etwa zur Durchführung der Verfassung nothwendig werdenden Maßregeln, bis dahin aussetze, bis die Erklärung der Königlich Preußschen Regierung und der sonst noch mit ihren Erklärungen über die Verfassung in Rückstand befindlichen Regierungen eingegangen sein werden.

Es erheben sich kaum zehn Mitglieder dafür. Verworfen wird alsdann auch der Antrag von Herrn Moritz Mohl. Angenommen dagegen wird — unter Ablehnung sämmtlicher von der Minderheit oder von Einzelnen gestellten Anträge auf Erledigungs-Erklärung des deutschen Kaiserthrons in Folge der Erklärung des Königs von Preußen u. s. w. — der Antrag Nr. 1. der Ausschußmehrheit:

1) Die Reichs-Versammlung erklärt, in Uebereinstimmung mit ihrer nach Berlin gesandten Deputation, daß die Annahme der durch die verfassunggebende Reichs-Rersammlung dem Könige von Preußen übertragenen Würde des Reichs-Oberhauptes die Anerkennung der Reichs-Verfassung voraussetze.

Die hierauf weiter folgenden Abstimmungen beziehen sich auf die Vorschläge zur Vollziehung der Reichs-Verfassung. Auch hier werden die Minderheits- und Einzelanträge abgelehnt, die auf Ausschreibung der Wahlen zum ersten Reichstage, sofortige Beeidigung der Beamten, der Bürgerwehren und Soldaten auf die Reichs-Verfassung u. s. w. hinausgehen. Dagegen wird mit großer Mehrheit angenommen (nach dem Schubert'schen Verbesserungs-Antrage):

2) Die Reichs-Versammlung beschließt: Die Regierungen, welche die Anerkennung der verkündeten Reichs-Verfassung noch nicht erklärt haben: a) sind aufzufordern, die Anerkennung der Reichs-Verfassung, der Wahl des Oberhauptes und des Wahlgesetzes nunmehr auszusprechen; b) dieselben Regierungen sind zu veranlassen, sich aller Anordnungen zu enthalten, durch welche dem Volke die verfassungsmäßigen und gesetzlichen Mittel, seinen Willen kund zu geben, in diesem entscheidenden Augenblicke geschmälert oder entzogen würden; insbesondere von ihrem Rechte, die Stände-Versammlungen zu vertagen oder aufzulösen, keinen Gebrauch zu machen, welcher die Kundgebung des Volkswillens verhindert, — vielmehr dieselben in Thätigkeit zu setzen, oder zu belassen, bis die Reichsverfassung zur Anerkennung gebracht sein wird.

3) Sie beschließt, die provisorische Centralgewalt im Interesse der allgemeinen Sicherheit und Wohlfahrt Deutschlands zu ersuchen, die vorstehenden Beschlüsse in Vollzug zu setzen, und erwartet bis zum 3. Mai die Vorlage des Reichsministeriums über den Erfolg.

(nach dem Vorschlage der Ausschußmehrheit)

4) Der erwählte Ausschuß bleibt bestehen, um je nach Lage der Dinge weitere Maßnahmen zu berathen und der Reichsversammlung vorzuschlagen.

Auf der Linken geben sich lebhafte Zeichen von Mißbehagen in Folge des Resultates dieser Abstimmung kund. Der Präsident verkündet, daß im Laufe der Sitzung die Königlich Baierische Regierungs-Erklärung an das Haus gelangt sei. Die Versammlung verzichtet jedoch darauf, daß diese Erklärung verlesen werde.

Nächste Sitzung findet Montag den 30. d. Statt.

Frankfurt a. M., den 26. April. Der Dreißigerausschuß beschloß gestern Abend mit 16 gegen 13 Stimmen: 1) die Abberufung der Oesterreicher durch die Oesterreichische Regierung für null und nichtig zu erklären; 2) den Oesterreichischen Abgeordneten die Diäten aus der Reichskasse auszahlen zu lassen, und 3) die provisorische Centralgewalt mit dem Vollzuge dieser Beschlüsse zu beauftragen.

Stuttgart, den 25. April. In der heutigen Nachmittags-Sitzung der Abgeordneten-Kammer verliest Staatsrath Duvernoy die vom heutigen Tage unterzeichnete Erklärung des Königs, mit welcher sämmtliche Minister einverstonden sind. In derselben ist blos „die von selbst sich verstehende Voraussetzung" weggelassen, und lautet folgendermaßen:

„Se. Majestät der König von Wörtemberg nimmt in Uebereinstimmung mit seinem Ministerium die Deutsche Reichsverfassung einschließlich des Kapitels über die Reichs-Oberhauptsfrage und der im Sinne dieser Verfassung zu verwirklichenden Lösung derselben sammt dem Reichswahlgesetze an. Zugleich soll der Würtembergische Bevollmächtigte dahin instruirt werden, zu erklären, daß die Würtembergische Regierung nichts dagegen einzuwenden habe, wenn Se. Majestät der König von Preußen, welcher das Erbkaiserthum nicht annehmen will, unter den vorliegenden Umständen sich für jetzt mit Zustimmung der Deutschen National-Versammlung an die Spitze Deutschlands stelle."

Reyscher beantragt Namens des Fünfzehner-Ausschusses: 1) den Bezirken und Gemeinden des Landes in Antwort auf die eingelaufenen Adressen den Dank der Kammer für die in diesen Tagen der Gefahr bewiesene Haltung auszusprechen. Schoder verliest den Entwurf dieser Proklamation. Die Kammer tritt durch Erheben von ihren Sitzen dem Antrage bei; blos v. Varnbüler bleibt sitzen. Die Proklamation lautet:

„Mitbürger! Die Sache des Volkes, die Deutsche Sache hat gesiegt; der Grundsatz der Nationalsouverainetät hat sich wiederholt Anerkennung errungen. Das Staatsoberhaupt hat heute die unbedingte Anerkennung der Reichs-Verfassung einschließlich des Wahlgesetzes unterzeichnet. Wir verdanken diesen Sieg der gerechten Sache neben der Entschiedenheit des Ministeriums vor Allem dem Volke, welches durch den an den Tag gelegten ächt Deuschen Sinn und durch seine entschlossene Haltung die Forderungen der Kammer der Abgeordneten so kräftig unterstützt hat. Das Volk hat sich dadurch der im März v. J. errungenen Freiheit würdig gezeigt; es hat den Bürgern derjenigen Deutschen Staaten, deren Regierungen die Reichs-Verfassung noch nicht anerkannt haben, ein Vorbild gegeben, welches seine Wirkung nicht verfehlen wird. Bald wird ein Deutsches Reich in Wahrheit gebildet sein, und die Geschichte wird den Namen des Würtembergischen Volkes in ihre Tafeln schreiben. Heil dem einigen, dem freien Deutschland! Stuttgart, den 25. April 1849. — Die Kammer der Abgeordneten. In deren Namen: Der Präsident Murschel. Die Sekretaire: Vogel, Ruoff.

2) Die Regierung zu bitten, die Reichs Verfassung, nachdem sie dem Regierungsblatt beigelegt worden, in allen Gemeinden des Landes feierlich zu verkünden; 3) die National-Versammlung zu bitten, die Verpflichtung der Staatsbürger, insbesondere der Staatsdiener und des Militairs, gemäß §. 14, 91. und 193. der Verfassung, alsbald in Ausführung zu bringen. Beide Anträge werden angenommen.

Schnitzer: An dem Tage, wo das Deutsche Volk den Thron besteigt, wünschen wir auch eine Amnestie. Ich möchte diesen Antrag auf die morgende Tagesordnung gesetzt wissen.

Seeger: Ich möchte dies heut schon. Mit 67 gegen 15 Stimmen wird die alsbaldige Berathung beschlossen. Schnitzer: Mein Antrag lautet, die Regierung zu bitten, für die politischen Gefangenen eine Amnestie zu erlassen. Die Abstimmung wird auf allgemeines Verlangen sogleich vorgenommen, und der Antrag mit 79 gegen 3 Stimmen zum Beschluß erhoben.

Präsident Murschel: Ich werde stolz darauf bleiben, am 25. April in Ihrer Mitte mitgewirkt zu haben, wo sich Stände, Regierung und Krone über die Deutsche Frage geeinigt haben.

Zwerger: Rufen wir: Deutschland hoch! Die Kammer und die Zuhörer stimmen in diesen Ruf ein.

Außen auf der Straße harrt das zahlreich versammelte Volk. Der Präsident und die Sekretaire treten auf den Balkon; es wird die Königliche Entschließung und die obige Proklamation verlesen. Die Trommeln der Bürgerwehr fallen ein und der tausendstimmige Ruf erschallt: Deutschland hoch!

Wien, den 26. April. Seit einigen Tagen sind aufreizende Flugschriften unter dem Volke im Umlaufe, verlangend, „das Wiener Volk möge sich beim Herannahen der Magyaren in Masse erheben," welche Flugschriften in Kaffee- und Gasthäusern von Unbekannten vertheilt werden. Man hat die hier anwesenden Ungarn und Polen im Verdacht, weshalb vom landeskommandirenden General Böhm an die Stadthauptmannschaft die Weisung erlassen worden ist, alle Polen und Ungarn von Wien fern zu halten. Auch viele ungarische Fahnen wurden bei dergleichen Flüchlingen vorgefunden, woraus ihre Bestrebungen nur zu deutlich hervorgehen.

— Den neuesten Nachrichten zufolge soll es gelungen sein, das Insurgenten-Corps Görgey's hart an Komorn und theilweise in diese Festung hineinzudrängen. Der Mangel an Lebensmitteln, der sich früher schon bei der Besatzung so fühlbar machte, wird sich nunmehr um so drängender äußern und die weiteren Operationen des Herrn FZM. Freiherrn von Welden wirksam unterstützen.

Prag, den 25. April. Gestern Abends vor 8 Uhr langte Fürst Windisch-Grätz mit einem besonderen Zuge hier an, buchstäb-

lich das Bild einer gefallenen Größe! In einen grauen Mantel
gehüllt, die Mütze tief in die Stirn gedrückt, durchschritt er, von
mehreren Offizieren begleitet, schweigend die Reihe der Zuschauer,
die sich, ungeachtet dar Bahnhof geschlossen war, eigends daselbst
eingefunden hatten. Dem Vernehmen nach beabsichtigt der Fürst
nach Belgienst zu übersiedeln; alle Söhne desselben haben ihre Ent-
lassung aus dem K. K. Militairdienste genommen.

Preßburg, den 23. April. Hier erscheen eine Kundmachung
des Militair-Commandos, welche die Beschreibung eines Schmuckes,
dem Grafen Zichy gehörig, und nach dessen Ermordung von den
Insurgenten in zwei Kisten nach Debreczin geführt, enthält. Der
Werth des Schmucks wird auf 200,280 G. angegeben. Die Eisen-
bahnfahrten nach Tyrnau wurden untersagt.

Gratz, den 23. April. Vor einigen Tagen wurde die kriegs-
rechtliche Untersuchung gegen die wegen Gretschnigg'schen Attentats
in Haft sitzende Mannschaft von Windischgrätz Chevauxlegers, ge-
schlossen. Das Urtheil ist militairisch strenge; es lautet für die un-
mittelbaren Theilnehmer an dem „Verbrechen der schweren Bewun-
dung durch öffentliche Gewaltthätigkeit mittelst Einbruch“ auf 6-
und 4monatlichen, für die mittelbaren Theilnehmer auf 3- und
2monatlichen Stockhausarrest in Eisen, verstärkt durch wöchentlich
zweimaliges Fasten bei Wasser und Brod. Der Corporal wir durch
dieses Urtheil außerdem noch seiner Charge und der Cadet seiner Ei-
genschaft als Expropriis Cadet verlustig.

Triest, den 22. April. Gestern lief hier die sardinische Han-
delsbrigantine „Giuseppina,“ von Pernambuco kommend, ein, und
da sie der, von der innern Barrikadenwache erhaltenen Weisung, die
auf ihren Masten wehende tricolore Flagge abzunehmen, nicht
Folge leisten wollte, so wurde letztere gewaltsam abgenommen, zer-
rissen und in's Meer geworfen. Es ist noch nicht ausgemittelt, ob
dies die italienische oder sardinische Flagge gewesen. Gewiß ist, daß
sie von unsern Soldaten für die erstere gehalten wurde. Die genaueste
Untersuchung ist darüber eingeleitet.

Bukarest, den 17. April. Die Gerüchte, daß die Ungarischen
Insurrectionstruppen unter General Bem einen Einfall in die Wal-
lachei gemacht haben, sind unbegründet. (Wien. Z.)

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 24. April. National-Versammlung. Siz-
zung vom 25. April. Anfang 12½ Uhr. Vice-Präsident Corbon.
Das Protokoll wird verlesen und das Heer-Reform Gesetz vorgenom-
men. Die Versammlung war gestern bis zum Artikel 19 geschritten.
Artikel 19 handelt von der Zusammensetzung der Rekrutirungs-Re-
visions-Kommission. Manuel beklagt sich, daß man die Theilnahme
eines Präfektur-Rathes daraus gestrichen habe. Die Bildung sei zu
ausschließlich militairisch. Hierdurch verlören die Ausgehobenen an
Garantie 2c. Adelsward will den Artikel an den Ausschuß gewie-
sen haben. Dies wird entschieden. Der Artikel geht an den Ausschuß
zurück. Artikel 20 bis 38 gehen ohne erhebliche Debatte durch.

Im Laufe der heutigen Sitzung der National-Versammlung
wurde der gedruckte Bericht über die Rechnungsprüfung der Ausga-
ben der provisorischen Regierung vertheilt. Dieser Bericht bildet einen
wichtigen Beitrag zur Geschichte der Februar-Revolution, und dürfte
im Verein mit der Changarnier-Frage und dem National-Bankerutt-
Spektakel zu großen Kammerstürmen Veranlassung geben. Hier nur
einige Auszüge in aller Eile. Am 24. Februar 1848 befanden sich
in der Staats-Hauptkasse 192,488,982 Franken. Aus dieser Sum-
me zogen die verschiedenen Staatsdienste ihre augenblicklichen Be-
dürfnisse, und wir erfahren aus dem Bericht, daß die Kommission sich
sehr erstaunt zeigt über die Ausgaben, die Lamartine und Bastide
für Journale, Geheimpolizei, Künstler, Geheimschreiber u. s. w. mach-
ten. Marrast, der nüchterne Athenienser, bezog als Maire von Paris
vom 9. März bis 18. Juli 1848 die Kleinigkeit von 51,498 Fran-
ken. Am heftigsten dürften jedoch die Gelder von der Rechten ange-
fochten werden, die Ledrü-Rollin für die Departements-Kommissarien
und Pariser Klubs anwies. Longepied, dessen klubistische Wirksam-
keit das Ausland bereits kennt, erhielt auf Ledru-Rollin's Anweisun-
gen die Summe von 123,000 Fr. ausgezahlt, welche in die Kasse
des Club des Clubs flossen, dessen Kassirer Laugier war, und an des-
sen Spitze bekanntlich Barbès, Sobrier und Cahen standen. Der
Club des Clubs leitete etwa 80 bis 100 Klubs in Paris und ent-
sandte 400 bis 450 Emissaire in die Departements, um die dorti-
gen Klubs zu leiten. Jeder dieser Emissaire erhielt 6, 8 bis 10 Fr.
Zehrgelder pro Tag. Außer diesen Klub-Emissairen bereisten aber
auch noch die bewußten offiziellen Kommissarien der Republik die De-
partements, und der Bericht weist nach, daß diese Kommissarien
180,000 Franken mehr ausgaben, als das reguläre Gehalt der Prä-
fekten im Budget beträgt. Die Kommission folgt den Kommissarien
auf dem Fuße und wirft einer Menge derselben bedeutende Unregel-
mäßigkeiten vor. Bei mehreren derselben trägt sie auf Rückzahlung
von 4-, 5- bis 6000 Franken an, die angeblich unrechtmäßig ausge-
geben worden. Herbe Beschwerden erhebt sie auch gegen die bekann-
testen Kommissarien Antony Thouret, Delecluse u. a. m. Hieraus er-
sieht man zur Genüge, welche leidenschaftliche Debatten diese Akten-
stücke bei ihrer öffentlichen Abstimmung hervorrufen müssen, und wir
haben deshalb im Voraus aufmerksam machen wollen.

Paris, den 25. April. Die demokratischen Zeitungen: Peuble
und Journal de la vraiRépublique, wurden gestern auf der Post in
ihren Verlags-Büreaus und an allen Straßenecken gerichtlich con-
fiscirt. Das erstere wegen eines Proudhonschen Coder des ge-
setzlichen Widerstandes, das andere wegen eines Angriffs gegen die
Männer der falschen Republik, welche im Elysée Ministerrath halten.

— Eine telegraphische Depesche aus Marseille vom 23. April zeigt an, daß das Expeditions Geschwader die Hyrischen Inseln, bei welchen die Flottillen von Marseille und Toulon sich sammelten, am 22. April Abends 7 Uhr verlassen und die Richtung von Civita-Vecchia eingeschlagen habe. Das Meer war ruhig und das Wetter sehr schön.

— Am Fraternitätssaale der Rue Martel sah es gestern Abend um 11 Uhr sehr kriegerisch aus; doch kam es zu keinem Kampfe. Der Hergang war folgender: Am 22. April Vormittags traten sämmtliche Delegirte der demokratischen Wahlausschüsse des Seine-Departements im Fraternitätssaale zusammen, um die Liste der demokratischen Kandidaten für die künftige gesetzgebende Versammlung zu entwerfen. Um 8 Uhr Morgens eröffnete der demokratisch-socialistische Wahlausschuß-Vorstand die Sitzung. Die Namen der eingesandten Kandidaten waren überaus zahlreich; 61 Namen wurden in Erwägung gezogen. Ueber jeden einzelnen Kandidaten wurde die Diskussion eröffnet und abgestimmt. Die Abstimmungs-Zettel ergaben die Anwesenheit von 186 Delegirten: 20 Kandidaten gingen mit absolutem Mehr durch; bei den nächstfolgenden 6 Kandidaten mußte die Abstimmung erneuert werden; 2 Kandidaten wurden für die Pariser Garnison offen behalten. Erst am anderen Abend, gestern gegen 10 Uhr, endigte diese Operation. Zwei Stunden vorher wurde die Sitzung für öffentlich erklärt und zur Vorlesung der Kandidaten behufs Bestätigung durch das Volk geschritten. Der Saal füllte sich zum Erdrücken, und der Vorsitzende verlas eine Candidatenliste. Inmitten der Vorlesung dieser Liste, welche mit Jubel vom Volke begrüßt wurde, erschien ein Polizei-Kommissar am Saaleingange und begehrte im Namen des Gesetzes von 1790 den Einlaß. Die Thürsteher konsultirten den Vorsitzenden, und derselbe ertheilte die Antwort, daß der Polizei-Kommissar nicht zuzulassen sei. Der Polizei-Kommissarius entfernte sich, erschien aber bald darauf mit einer imposanten Militairmacht wieder am Eingange und verlas die gesetzlichen Aufforderungen. Die Versammlung, welche unbewaffnet war, leistete keinen Widerstand und zog sich zurück. Die Blätter Peuple und Vraie Republik protestiren heute gegen die Maßregel der Behörde.

Großbritanien und Irland.

London, den 24. April. Nach einem amtlichen Blatte sind im verflossenen Jahre unserer Handelsmarine nicht weniger als 14,000 Seeleute ausgerissen; 8000 derselben verließen ihre Schiffe an den Amerikanischen Küsten. — In einer eigends deshalb berufenen General-Versammlung der Aktionäre der Ostindischen Compagnie wurde ein Dankvotum für Lord Gough und die Indische Armee einmüthig genehmigt. — In unseren Westindischen Colonieen haben die Einwohner allgemein beschlossen, eine Herabsetzung der hohen Beamtengehälter zu beantragen. — Zu Portsmouth sind 200 junge Frauenzimmer aus Irland angelangt, welche nächste Woche nach Port Philipp in Australien abgehen werden, wo ausnahmsweise an Frauenspersonen großer Mangel ist. Die jetzige Sendung geschieht auf Kosten der Auswanderungs-Commission.

London, den 25. April. In der gestrigen Oberhaus-Sitzung machte Lord Brougham auf die Gerüchte aufmerksam, welche über verstohlenen Verkauf Italienischer Kunstwerke umliefen; obgleich er diese Gerüchte, insofern es sich um große Meisterwerke handle, nicht glaube, so halte er es doch für wahrscheinlich, daß einige Gegenstände von geringerer Bedeutung ihren Weg nach England finden könnten, und hoffe, daß die Regierung Schritte thun werde, um deren Einfuhr zu verhindern. Marquis von Landsdowne antwortete, er halte diese Gerüchte für sehr übertrieben und sei überzeugt, daß, wenn dergleichen Kunstwerke hier unter der Hand zum Verkauf angeboten würden, Niemand sich auf so unedlem und unzurechtfertigendem Wege in Besitz eines dieser Gegenstände setzen werde. Graf Harrowby brachte dann die Angelegenheiten am La Plata zur Sprache, wobei sich ergab, daß dieselben noch in so unbefriedigendem Zustande als jemals sind, und daß General Rosas den Vorstellungen der diplomatischen Agenten Großbritaniens kein Gehör giebt. Im Unterhause erhielt die Bill zur Abänderung der bisherigen Navigations-Gesetze die dritte Lesung; es stimmten 275 Mitglieder dafür, 214 dagegen, die Bill ist nun also mit einer Majorität von 61 Stimmen im Unterhause definitiv angenommen.

— Heut ist eine neue westindische Post (Jamaica den 24. März) eingetroffen. Sie überbringt 400,000 D. für Kaufmanns-Rechnung. Tampico war ruhig. Die Straßen von Veracruz nach Mexico waren durch die, nach Californien strömenden, Reisenden sicher geworden. In Jamaica fehlte Regen. — Mitchel, der Transportirte, ist mit 300 anderen Genossen nach dem Cap geschafft worden. Seine Gesundheit ist schlecht. — Guadeloupe wütheten die Pocken. — In Portorico war Venezela zum Gouverneur ernannt worden und hatte die blutigen Verordnungen seines Vorgängers aufgehoben.

Spanien.

Madrid, den 20. April. Die Sitzung des Senats vom 16. wurde beinahe ganz durch einen sehr weitläuftigen, aber sehr klaren und ruhigen Vortrag des Bischofs von Cordova ausgefüllt, welcher den traurigen Zustand der Geistlichkeit hinsichtlich ihrer finanziellen Verhältnisse schilderte, und die Forderungen der Geistlichkeit zu 700 Millionen Realen (ungefähr 46 Millionen Thaler) angab. Die Einziehung der Güter der Geistlichkeit und die Aufhebung der Zehnten u. s. w. hätten die bedrängte Lage der Geistlichen herbeigeführt. Der Finanzminister Mon beantwortet diesen Vortrag in sehr angemessener Weise, gab dem Bischof Recht bei seinen Klagen, schrieb alle Schuld des Verfahrens gegen die Geistlichkeit den Zeitumständen zu, und versprach, daß, sobald die dringenden Fragen erledigt sein würden, die Regierung ihre schützende Hand reichen würde, um die Geistlichkeit zu unterstützen.

— Der Staatsminister Pidal hat der zweiten Kammer die Nachrichten mitgetheilt, welche die Regierung über den Grafen von Montemolin von der französischen Regierung empfangen hat. Die letztre hat beschlossen, ihn nach Calais bringen zu lassen, wo er sich nach England einschiffen wird, wobei ihm zugleich mitgetheilt worden ist, „daß, falls er abermals nach Frankreich kommen sollte, um die Ruhe der Halbinsel zu stören, die französische Regierung sich genöthigt sehen würde, ihn in irgend eine Festung einsperren zu lassen.“ Um zu verhindern, daß er die Wachsamkeit der Behörden täusche, hat man diesen ein genaues Signalement des Prätendenten mitgetheilt, wonach er sehr leicht zu erkennen sein wird. Der Gr. v. M. war am 10., von Gensdarmen und einem Präfektur-Beamten begleitet, von Perpignan nach Calais abgegangen.

Niederlande.

Haag, den 23. April. Die amtliche Staats-Courant erklärt, die Nachricht, daß das Limburgische Contingent Befehl erhalten habe, sich zum Ausmarsch nach Schleswig-Holstein zu rüsten, für unbegründet. Allerdings sey die Aufforderung dazu von der Centralgewalt erfolgt. Die Regierung aber habe Vorstellungen dagegen gemacht und sei nicht gesonnen, dieses Contingent dem Deutschen Bunde zur Verfügung zu stellen, da sie jeden Anlaß zum Zwiespalt mit Dänemark vermeiden wolle.

Dänemark.

Kopenhagen, den 22. April. In wohlunterrichteten Kreisen spricht man jetzt wieder von einem Waffenstillstande bis zum 15. Mai. Rußland und Oesterreich sollen dem Dänischen Kabinet Vorsicht und Willfährigkeit, um Zeit zu gewinnen, dringend empfohlen haben. Die Antwort des Königs von Schweden auf das Schreiben des Dänenkönigs ist auch zurück, aber wenig tröstend. Allerdings giebt es noch viel Mitgefühl für die Sache Dänemarks im Norden, allein die nordischen Brüder sind arm und möchten's doch auch nicht mit Deutschland verderben. Dänemark ist zu unbedeutend, um Freunde zu haben. Die Stimmung der Nation scheint auch heuer eine andere als im vorigen Jahre zu sein. Es haben sich die politischen Parteien den natürlichen Interessen mehr nachgebildet, und es giebt gegenwärtig keine solche Oppositionspartei mehr wie im vorigen Jahr, wozu beinahe Alles gehörte, was politische Bildung ohne Sonderinteresse besaß; auch ist der Skandinavismus stark verdunkelt worden. Fast möchte ich behaupten, daß es nur noch eines eklatanten Faktums bedürfe, etwa die Erstürmung Alsens, um den Umschwung der öffentlichen Meinung und die Neigung zum Friedensabschluß hervorzurufen. Die Theilung Schleswigs nach Nationalität und Volkswillen wird dann die wohlthätigste Lösung der ganzen Streitfrage sein.

Italien.

Florenz, den 16. April. Der Oesterreichische Vortrab steht bereits in der Nähe von Carrara. Die Secretaire der englischen und französischen Gesandtschaft, welche sich im Namen der neuen Ordnung der Dinge in das Oesterreich. Hauptquartier begaben, fanden den General Kolowrat in Fosdinovo. Sie brachten die Hoffnung den besorgten Florentinern mit, daß Oesterreich das toskanische Gebiet nicht verletzen werde. Hierin könnte sich die Florentiner Bürgerschaft doch wohl täuschen. — Livorno erhält die Republik aufrecht und hat sich bis an die Zähne bewaffnet. Diese Hafenstadt will vorerst mit der Republik stehen oder fallen. Man wartet weitere Instructionen ab, und hat einen allgemeinen Sicherheitsausschuß zur Erhaltung der Ruhe eingesetzt. — Die Zwangsanleihe ist zurückgenommen und die schon gezahlten Antheile sind wieder ausbezahlt worden. — Die aus Florenz verjagten Freiwilligen, welche zu den Livornern ziehen wollten, wurden unterwegs von den Bauern übel empfangen und mußten die Flucht ergreifen. — Die Stadt Lucca hat sich der toskanischen Restauration angeschlossen. — Der General Apica erklärte unter dem 13., sich allen Befehlen der Regierungs-Commission unterwerfen zu wollen.

Mailand, den 21. April. Gestern kam Fürst Paskewitsch hier an und überbrachte dem Gr. Radetzki das Patent als „Feldmarschall des ganzen Russischen Heers“ und Eigenthümer des Husaren-Regiments von Weißrußland, desgleichen einige Georgenkreuze zur Vertheilung. Unverzüglich reiste der Fürst Paskewitsch nach Parma, um dem Erzherzog Albrecht das Großkreuz des Georg-Ordens selbst zu überbringen.

Turin, den 19. April. Gerüchte, aber offenbar voreilige, behaupten, Radetzki habe nach der Rückkehr Boncompagni's sofort Befehl gegeben, Alessandria zu besetzen. Sollten sich diese Gerüchte bestätigen, so wäre der Wiederausbruch des Krieges unvermeidlich. Uebrigens herrscht hier die Ansicht, daß dies früher oder später dennoch geschehen werde; denn die Bedingungen, die Bruck im Namen Schwarzenberg's überbracht, sind unerfüllbar: 1) 200 bis 250 Mill. Lire Kriegsgelder; 2) gemischte Besetzung Alessandria's und Novara's; 3) Entwaffnung der Bürgerwehr und eines großen Theils des Heeres; 4) Abänderung der wichtigsten Stellen der Verfassung. Pinelli hat es vorgezogen, sein Minister-Amt niederzulegen, als auf solche Bedingungen Unterhandlungen anzuknüpfen. Hector de Sonnaz, Kommandant von Alessandria, hat ebenfalls abgedankt. Die Entmuthigung bei Hofe ist vollständig.

In Livorno wurde am 17. April eine Art provisorische Regierung unter dem Namen Sicherheitsausschuß eingesetzt und zwar von einer Volks-Versammlung auf offenem Markt. Ebenso wurde beschlossen die Frage, ob man sich der florentiner Regierung unterwerfen solle oder nicht, bis auf gewissere Nachrichten zu suspendiren. An der Spitze dieser Bewegung stand der Bischof, der Stab

der Nationalgarde und die angesehensten Kaufleute, also wahrscheinlich der erste Schritt der Contrerevolution. Der Tag verlief ganz ruhig, das Volk hatte sich überzahlreich eingefunden, blieb ganz still.

Kammer-Verhandlungen.

Außerordentliche Sitzung der Ersten Kammer vom 26. April.

Der Präsident v. Auerswald eröffnet die Sitzung um 3¼ Uhr. Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt. Das gesammte Staats-Ministerium, mit Ausnahme des Herrn v. Arnim, ist anwesend.

Der Präsident: Wie bereits in den Einladungskarten mitgetheilt, habe ich die Mitglieder der hohen Kammer, in Folge einer Mittheilung des Herrn Minister-Präsidenten, zusammen zu berufen. Ich bitte den Herrn Schriftführer, dieselbe zu verlesen.

Der Schriftführer liest: Das Staatsministerium beabsichtigt der hohen Kammer Mittheilungen von der höchsten Wichtigkeit zu machen, und ersuche ich deshalb Ew. Hochwohlgeboren, die hohe Kammer auf heute Nachmittag, wo möglich um 2 Uhr zusammen zu berufen.

Der Ministerpräsident.

(gez.) v. Brandenburg.

Der Präsident: Ich bemerke, daß es nicht möglich gewesen ist, die Stunde 2 Uhr einzuhalten, die Sitzung ist deshalb um 3 Uhr angesetzt worden. Ich gebe nun anheim, ob der Hr. Ministerpräsident jetzt diese Mittheilung machen will.

Der Ministerpräsident: Ich habe der hohen Kammer Mittheilung einer Allerh. Verordnung, deren Abschrift ich hier auf das Büreau niederlege, zu machen. (Der Ministerpräsident verliest die Königliche Verordnung von der Auflösuug der zweiten und Vertagung der ersten Kammer.)

Der Präsident: Nach dieser Mittheilung ist es meine Pflicht, die Sitzung zu schließen. Bevor ich dieses thue, ersuche ich die Mitglieder der hohen Kammer, falls sie ihre Wohnungen während der Vertagung wechseln sollten, dies dem Büreau anzuzeigen, damit eine Einberufung der Kammer, welche nach §. 49. der Verfassung innerhalb spätestens 60 Tagen erfolgen muß, stattfinden kann. Zur Erledigung einiger äußeren Angelegenheiten ersuche ich die Mitglieder des Gesammt-Vorstandes, sich morgen Vormittag 11 Uhr im Präsidialzimmer zu versammeln. Ich schließe die Sitzung.

Locales ꝛc.

☩* Bromberg, den 27. April. Einige von Frankfurt hierher gelangte Briefe sprechen es aus, daß die Frankfurter National-Versammlung sich der Hoffnung hingiebt, die Fürsten in Kurzem zur Annahme der Deutschen Verfassung vermögen zu können. Die Antwort unseres Königs in Betreff der Kaiserkrone wird dort allgemein nur für eine aufschiebende, nicht wie die von Berlin zurückkehrende Deputation annahm, für eine direkt ablehnende erklärt. Uebrigens will sich die Versammlung nicht eher auflösen, bis sie ihr Werk durch definitive Uebertragung der Kaiserkrone an eins der gekrönten Häupter und durch Einführung der Verfassung beschlossen hat. Eine Auflösung und Rückberufung der Deputirten durch die Einzelregierungen wird dort besonders deshalb nicht gefürchtet, weil die Beschickung jener Versammlung in allen Deutschen Staaten, außer Oesterreich, auf positiven Gesetzen beruht. An unseren Deputirten in Frankfurt ist eine Adresse des hiesigen Bürgervereins abgegangen, welche die Nationalversammlung zu kräftigem Handeln in der Deutschen Angelegenheit aufmuntert; nächsten Sonntag soll sogar eine große Volksversammlung auf dem neuen Markte stattfinden, in welcher die Deutsche Angelegenheit besprochen und die Absendung einer ähnlichen Adresse nach Frankfurt beschlossen werden soll.

Mit den hier nach Berlin gewählten Deputirten ist man allgemein unzufrieden, namentlich der mit Voigts-Rhetz, der sich in der Kammer als ein Licht ganz untergeordneter Größe zeigt. Bromberg sieht es jetzt immer deutlicher ein, — und selbst frühere warme Freunde des Major Voigts-Rhetz — stimmen darin überein, — daß wir eine Mißwahl getroffen haben, abgesehen von dem testimonium paupertatis, das sich die Stadt selbst ausgestellt. Wie wenig übrigens Herr von Voigts-Rhetz die Gesammtheit unserer Bürgerschaft repräsentirt, geht schon daraus hervor, daß er nur mit dem lebensmüden und im Eingehen begriffenen patriotischen Vereine (dem früheren Preußenvereine) in Correspondenz steht, dagegen die lebenskräftigen Vereine, nämlich den Deutschen Bürgerverein und den Handwerkerverein, ganz zu ignoriren scheint.

Die Erwartung, daß das Ministerium abtreten werde, gewinnt hier immer mehr an Verbreitung, wahrscheinlich ist jedoch selbige auf nichts basirt.

Seit einigen Tagen befinden sich außer dem 2. Bataillone des 4. auch einige Theile des 21. Regiments in unseren Mauern. Leider haben aber unter beiden Truppentheilen schon harte Reibungen stattgefunden, so daß des Abends starke Patrouillen die Straßen durchziehen und namentlich den Markt besetzt halten.

Von der Polnischen Grenze, den 26. April. Nachstehende Verordnung ist vor einigen Tagen aus dem Ministerium des Innern hierher gelangt: „Nach der Seitens des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten mitgetheilten Note des hiesigen Russischen Gesandten, betrifft das im Frühjahr des vergangenen Jahres ergangene Verbot der Zulassung von Ausländern in Rußland, auch die als Kolonisten dorthin Auswandernden. Es dürfte daher rathsam sein, denjenigen, die nach Rußland auswandern wollen, überhaupt keine Päffe mehr dazu zu ertheilen, ohne Unterschied, ob sie ein ausreichendes Reisegeld besitzen oder nicht; oder sie wenigstens bei der Paßvertheilung, wenn sie auf diese bestehen sollten, darauf aufmerksam zu machen, daß sie die Zurückweisung an der Grenze zu gewärtigen hätten.“

Theater.

Nachdem Herr Jerrmann an drei Abenden hinter einander mit immer wachsendem Beifall in dem „Traum eines Republikaners“ aufgetreten, ist es erfreulich, zu vernehmen, daß er uns abermals ein klassisches Produkt der Poesie vorzuführen beabsichtigt, worin er sein seltenes Darstellungstalent, wie im „Nathan“, in seinem ganzen Umfange zu entwickeln im Stande ist, wir meinen Töpfer's „Hermann und Dorothea“, nach Göthe's gleichnamigem Meistergedicht bearbeitet. Wer einen tiefen Kunstgenuß liebt, versäume die Vorstellung dieses Genrebildes nicht. — Wie verlautet wird unser ausgezeichneter Gast uns demnächst noch ein politisches Drama zur Anschauung bringen, das den „rothen Republikaner“ an innerm Werth und dramatischem Gehalt weit übertreffen soll, und daher in den letztverflossenen Tagen in Berlin einen solchen Rumor gemacht hat, daß sogar in öffentlichen Blättern berichtet worden ist, das hohe Ministerium habe den Intendanten der Schauspiele ersuchen lassen, das Stück nicht mehr zu geben. Es ist dies der „Peter im Frack.“ X.

Berlin, den 28. April.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 54—58 Rtlr. Roggen loco 24—26 Rtlr., pr. Frühjahr 82pfündig. 24 Rtlr. Br., 23½ G., Mai/Juni 24 Rtlr. Br. 23½ G., Juni/Juli 24½ Rtlr. Br., 24¼ G. Gerste, große loco 21 bis 22 Rthlr., kleine 19—21 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 14 bis 16 Rthlr. Erbsen, Kochwaare 26—28 Rthlr., Futterwaare 25—27 Rthlr. Leinsaat 54 Rthlr. B., 52 G. Rüböl loco 14 Rthlr. bez. pr. April 14 Rthlr. bez., April/Mai $13\frac{1}{2}\frac{1}{4}$ Rthlr. verk., Mai/Juni $13\frac{7}{12}$ Rthlr. verk., Juni/Juli 13½ Rthlr. nom., Juli/August 13¼ Rthlr. nom., Aug./Sept. 13 Rthlr. nom., Sept./Okt. $12\frac{7}{12}$ Rthlr. bez., 12½ G. Leinöl loco 11¼ Rthlr., Mohnöl 19 Rthlr., Palmöl 14 Rthlr. Südsee-Thran 11¾—11½ Rthlr.

Spiritus loco ohne Faß 14⅓ Rthlr., Juni/Juli 14⅚ Rthlr. Br., Juli/August 15½ Rthlr. bez. und Br., 15¼ G.

Posen, den 30. April. (Nichtamtlich.) Marktpreis für Spiritus p. Tonne von 120 Quart zu 80% Tralles unverändert 12 Rthlr.

Berliner Börse.

Den 28. April 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld
Preussische freiw. Anleihe	5	—	101¼
Staats-Schuldscheine	3½	79½	79½
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	100⅝	—
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	5	98¾	—
Westpreussische Pfandbriefe	3½	86¼	—
Grossh. Posener "	4	—	—
" "	3½	80½	—
Ostpreussische "	3½	90½	—
Pommersche "	3½	92¼	—
Kur- u. Neumärk. "	3½	93¼	—
Schlesische "	3½	—	—
" v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	—	—
Friedrichsd'or	—	$13\frac{1}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$12\frac{11}{12}$	$12\frac{1}{12}$
Disconto	—	—	—
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	76½	76¼
" Prioritäts-	4	87	—
Berlin-Hamburger	4	53	52½
" Prioritäts-	4½	91½	—
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	53	52¼
" " Prior. A. B.	4	84	—
" " "	5	—	94
Berlin-Stettiner	4	86¼	76¼
Cöln-Mindener	3½	—	—
" Prioritäts-	4½	93	—
Magdeburg-Halberstädter	4	113	—
Niederschles.-Märkische	3½	72¼	—
" Prioritäts-	4	86¼	—
" "	5	99	—
" " III. Serie	5	93¾	—
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	—	91½
" " B.	3½	—	91½
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	—	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4	49¾	—
Stargard-Posener	3½	71¼	71½

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.
Verantw. Redakteur: C. Hensel.

In No. 95. dieser Zeitung vom 25sten April ist angefragt worden, weshalb 5 Mitglieder der hiesigen gemeinschaftlichen Schützen-Gilde bei Bestattung eines Kameraden die Preußische Kokarde nicht am Helm hatten.

Die Antwort hierauf soll im hiesigen Intelligenzblatt stehen; da dies jedoch keiner Publicität genießt, so wird Herr Ludwig Pawłowski, Klempnermeister und Bürger, ersucht, die andern Mitglieder angeben zu wollen. — Als Selbst-Säcular-Ordens-Träger ist dies auf dem Kirchhofe seinen Mitbürgern sehr aufgefallen. X. Y. Z.